

Blaue Wahlkreispost

www.mario-beger.de



MIT VOLLGAS AN DIE WAND!

Wussten Sie, dass der beste Bäcker der Welt aus Deutschland kommt? Dem Bäckermeister Axel Schmitt wurde unlängst in Reykjavik dieser Titel verliehen, nachdem sich kurz zuvor schon das deutsche Metzger-Team den WM-Titel geholt hatte. Mit Michael Siefert kommt auch der Weltmeister der Konditoren aus Deutschland. Vielleicht sollten die Titelträger mit dem erworbenen Prestige im Ausland ihre Chancen suchen, denn den Backstuben der Nation droht die Pleitewelle. Der schlechteste deutsche Wirtschaftsminister al-

ler Zeiten gab in einer Talkshow die Richtung vor: „Dann sind sie vielleicht nicht insolvent, automatisch, aber sie hören vielleicht auf, zu verkaufen.“

Nicht nur die Bäcker fürchten um ihre Zukunft – sie stehen stellvertretend für das gesamte Handwerk, den Mittelstand und die deutsche Wirtschaft insgesamt. Während die „Rettung“ der Großen in aller Munde ist, leiden die Kleinen still. Unter den 45 Millionen Beschäftigten in Deutschland befinden sich 4,5 Millionen Solo-Selbstständige und kleine

Unternehmer, die 12 Millionen Menschen beschäftigen.

Der Freiburger Software-Produzent Lexware – er zählt eine halbe Million kleine Unternehmen zu seinen Kunden – befragte unlängst diese Gruppe. Die Umfrage ergab, dass sich jede fünfte kleine Firma in Deutschland von der Politik im Stich gelassen fühlt und wegen der Energiepreise nicht über den Winter zu kommen glaubt. Das bedeutet, dass 2,5 Millionen Arbeitsplätze in lebensnotwendigen Firmen akut gefährdet sind.

Nach zweieinhalb Jahren der sinnlosen Corona-Maßnahmen sind deren Eigenkapitalreserven aufgebraucht, sodass sie der Schere aus sinkender Kaufkraft der Konsumenten und explodierenden Energiepreisen nicht mehr entkommen können. Wegen des Facharbeitermangels sind zudem Bäcker, Friseure und Gastronomen zur Reduzierung ihrer Geschäftszeiten gezwungen, andere Handwerker und Kleinunternehmer müssen bereits Aufträge ablehnen.

Allerdings hat sich die grünsozialistische Wirtschaftspolitik als die eigentliche Ursache für Energiekrise und Inflation noch nicht bei allen Handwerks- und Wirtschaftsfunktionären herumgesprochen. So grenzt es fast schon an Verhöhnung der Handwerker, wenn der TV-Klima-Apokalyptiker und Große-Transformations-Agitator Ranga Yogeshwar für die 2023er Messe „Zukunft Handwerk“ als Star-gast angekündigt wird.

Frei nach dem Motto: „Wollt ihr deindustrialisieren, müsst ihr Pipelines sabotieren“, wurde mit der Sprengung der russischen Erdgasröhren in der Ostsee die nächste Eskalationsstufe des Wirtschaftskrieges gezündet. Doch die De-Industrialisierung Deutschlands, und somit der Wirtschaftskrieg gegen das eigene Volk, ist schon seit Jahrzehnten in Gange. Ideologisch befeuert von den Wanderpredigern der Klimakirche wurden konventionelle Kraftwerke, allen voran die Atomkraftwerke

verteufelt. Ab 2000 begann die systematische Erhöhung der Strompreise im Zusammenhang mit den riesigen Subventionen für die wetterabhängige Stromerzeugung durch Anlagen mit geringem Wirkungsgrad. Ein Treiber dieser Entwicklung war 2011 die Verkündung der sogenannten Energiewende durch Angela Merkel und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP). Bevor jemals die Kanzlerkandidatur eines grünen Politikers spruchreif wurde, hatte Deutschland in Angela Merkel längst eine grüne Kanzlerin – allerdings mit CDU-Parteibuch.

Die jetzige Ampelregierung im Bund setzt konsequent das Merkel'sche Zerstörungswerk fort, allen voran der Wirtschafts-Legastheniker und Grundlast-Leugner („Wir haben kein Stromproblem“) Robert Habeck. Was wird er sagen, wenn Menschen in ihren Wohnungen frieren müssen? Vielleicht: „Die Menschen frieren nicht, sie haben nur aufgehört zu heizen.“ Oder wenn Rentner hungern müssen? „Sie hungern nicht, sie kaufen sich nur weniger Lebensmittel“.

Der Kanzler indessen kauft sich Zeit mit seinem „Doppel-Wumms“, einem 200 Milliarden schweren „Abwehrschirm“ damit Menschen und Unternehmen angesichts der steigenden Energiepreise trotzdem sicher durch den Winter kommen sollen. Zur Wahrheit gehört jedoch, Staatshilfen können nur eine Brücke sein, um eine Notsituation zu meistern. Ent-

lastungspakete treiben die Inflation an und sind Belastungspakete für jetzige und künftige Steuerzahler.

Um das Tal zu verlassen, brauchen wir einen generellen Kurswechsel auf nahezu allen Politikfeldern. Wir fordern: Schluss mit der Konfrontations- und Sanktionspolitik! Schluss mit der naiven Hoffnung auf Sonne und Wind allein!

Trotz des Gasmangels scheint aber Zuversicht die allergeringste Ressource in unserem Land zu sein. Lassen Sie uns gemeinsam Hoffnung und Zuversicht mehrten, überzeugen wir die schweigende Mehrheit davon, sich unseren friedlichen Protesten anzuschließen.

Unsicherheit und Nervosität greifen bei den regierenden Politikern und ihren Medien-Kumpanen bereits um sich. Sie versuchen das mit Arroganz und Propaganda zu übertünchen oder senden unverhohlene Drohungen an ihre Kritiker - so Bundeskanzler Scholz, wenn er auf die „wehrhafte Demokratie“ verweist oder Annalena Baerbock (die Frau mit den vielen Lebensläufen), die vor „Volksaufständen“ warnt.

Lassen wir uns nicht einschüchtern, es geht um unsere Existenz!

Mario Beger, MdL

GRÜNE WERBEVERANSTALTUNG STATT BÜRGERFORUM

Vor ein paar Wochen fand in Nünchritz das „Forum Erneuerbare Energien im Landkreis Meißen“ statt. Die Veranstaltung war seitens der Landkreisverwaltung organisiert worden, nachdem im Kreistag mehrere Anträge u.a. aus der AfD-Fraktion zum Thema eingereicht worden waren.

Für mich hat diese Veranstaltung ihren geplanten Zweck jedoch keinesfalls erfüllt. Bereits der Termin war für ein Forum, an dem sich auch die Bürger unseres Landkreises beteiligen sollten, denkbar ungünstig gewählt. Werktags um 14 Uhr ist es für den Großteil der arbeitenden Bevölkerung schlichtweg nicht möglich, an einer solchen Veranstaltung teilzunehmen. Vielmehr waren größtenteils Vertreter der Verwaltung, kommunale Verantwortungsträger und Vertreter der Wind-, Solar- und Netzausbauindustrie anwesend.

Auch der Verlauf des Nachmittags ließ den Charakter eines wirklichen Forums, das diesen Namen auch verdient, vermissen. Es handelte sich vielmehr um eine Werbeveranstaltung für vermeintlich ‚grüne‘ Energie, die teilweise sogar mit wahrhaftigen ‚Fakenews‘ aufwartete. Kritische Stimmen suchte man in einer vierstündigen Vortragsveranstaltung

mit nur geringem Diskussionsanteil hingegen vergebens.

Den normalen Bürgern fliegen gerade Strom- und Gasrechnungen um die Ohren, während man in Nünchritz nur darüber fabuliert, wie schnell noch mehr teure, schwankungsanfällige Windkraft- und Solaranlagen gebaut werden können. Kein Wort hingegen wurde zur Kernenergie verloren, die ja sogar CO₂-effizienter als Solarenergie ist, vielmehr wurde recht argumentationsschwach bereits im Eingangsvortrag abgewiegelt. Wasserstoff wurde als Allheilmittel angepriesen, jedoch wurde nicht hinreichend erklärt, wie das bezahlt wird und wie der Wirkungsgradverlust mit zusätzlichem Ausbau kompensiert werden kann.

Die industriellen Großverbraucher im Industriebogen Meißen haben nicht dargelegt, wie viel Hektar landwirtschaftlicher Fläche mit Solaranlagen zugestellt oder wie viele

Windräder gebaut werden müssen, um ihren Bedarf nur mit diesen Energieträgern zu befriedigen.

Das sogenannte „Wind-an-Land-Gesetz“, ein Bundesgesetz, mit einem Ausbauziel von einer knappen Verzehnfachung des Windradzubaues bis zum Ende des Jahrzehntes wurde

vorgestellt. Um diesem Ziel gerecht zu werden, müsste in jedem Fall der landesrechtlich geregelte Mindestabstand von Windrädern zur Wohnbebauung von 1.000 Metern kippen. Weiterhin stand die Errichtung von Windrädern im Wald und in Landschaftsschutzgebieten perspektivisch zur Diskussion, was wir als AfD ganz klar ablehnen.

Alles in allem hat die Veranstaltung keinerlei Erwartungen erfüllen können, die im Vorfeld nach dem Beschluss des Kreistages geweckt wurden. Die Verwaltung hat bei der inhaltlichen Ausgestaltung dieses Forums versagt.

Christian Reck, Kreirat





IST GRÖDITZ FÜR EINEN LÄNGEREN STROMAUSFALL GEWAPPNET?

Sollten in Gröditz und Umgebung für längere Zeit die Lichter ausgehen, fließt auch kein Wasser, Supermärkte müssen schließen, weil die Kassensysteme nicht funktionieren, an Tankstellen gibt es keinen Treibstoff mehr. Bleibt der Strom länger als 48 Stunden weg, wird der Diesel für die Notstromaggregate knapp, ohne Müll- und Wasserentsorgung kommt es zu massiven hygienischen Problemen mit Seuchengefahr. Die Bundesregierung hält erwartungsgemäß Blackouts für sehr unwahrscheinlich, während das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe das Risiko dieses Szenario mittlerweile sehr ernst nimmt.

Vor ein paar Monaten, als man dafür noch als rechter Spinner und Verschwörungstheoretiker abgetan wurde, stellten wir eine Anfrage an den Bürgermeister von Gröditz zum Vorbereitungsstand und zur Vorsorge der Verwaltung bei Stromausfällen und drohendem Blackout. Wir fragten, welche Krisenpläne für Gröditz und die Ortsteile vorliegen und wie diese aussehen. Uns interessierte, die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung unter diesen Bedingungen und wie dann mit den Einwohnern kommuniziert werden kann, welche Lösungen es beim Ausfall von Heizkraftwerken und der Abwasserversorgung gibt, wie Ordnung und Sicherheit bei massiven Engpässen in der Lebensmittelversorgung gewährleistet werden und ob ein Handzettel für die Einwohner mit allen wichtigen Informationen zur Vor-

sorge und dem Umgang mit Stromausfällen/Blackout geplant ist?

Auf die Beantwortung unserer Fragen mussten wir einige Wochen warten. Wie dann allerdings zu erfahren war, wird beim Auftreten von Katastrophen ein Krisenstab in der Stadtverwaltung gebildet, es gibt mit dem Landkreis ein Krisenkommunikationssystem, die Feuerwehrgerätehäuser von Gröditz und Nauwalde sollen noch mit Notstromaggregaten ausgestattet werden. Im Aufbau befindet sich ein Akku-gepuffertes Sirensystem mit der Möglichkeit der Sprachdurchsage. Im Moment verfügt aufgrund von Fördermittelkürzungen nur die Sirene in Nauwalde über diese Möglichkeit zur Sprachdurchsage. Ersatzweise soll die Bevölkerung durch Sprachdurchsagen über die Feuerwehrfahrzeuge gewarnt werden. Der Eigenbetrieb Abwasser hat ein Katastrophenschutzkonzept. Die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit bei massiven Lebensmittelengpässen erfolgt durch die Polizei. Ein Handzettel für die Einwohner ist weder geplant noch wird er für sinnvoll erachtet, weil er ständig überarbeitet werden müsste. Die Ortswehren verfügen über weitreichende Konzepte im Falle von Großschadensereignissen.

Fazit: Ein flaes Gefühl bleibt und die Hoffnung, dass der Ernstfall nicht eintritt. Ohne die ehrenamtlichen Kameraden der Feuerwehr geht fast nichts. Sorgen wir dafür, dass sie ordentlich ausgestattet werden, denn ihnen

werden viel Arbeit und Verantwortung aufgebürdet. Jedem Bürgermeister sollte klar sein, dass er den Zorn der Bevölkerung als erstes zu spüren bekommt und dass er aus Berlin, wo mit dem grünen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und seinen Kabinettskollegen die eigentlichen Verantwortlichen der gesamten Energiekrise sitzen, mit keiner schnellen Hilfe zu rechnen braucht.

AfD-Stadtratsfraktion Gröditz

AfD-Stammtisch in Gröditz

Termine für 2023:

Donnerstag, 26.01. / 23.02. /
3.03. / 27.04. / 25.05. / 22.06. /
24.08. / 28.09. / 26.10. / 23.11.

Beginn: 19 Uhr

Der Stammtisch trifft sich
in Hoppens Sportcasino,
Wainsdorfer Str. 5
01609 Gröditz

Die Bundesregierung und die Landesregierungen haben die Aufgabe, den Staatsbürgern ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen, den Wohlstand zu mehren und Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Dieser Aufgabe kommen sie nicht nach:

1. Wir protestieren gegen die Aushöhlung der Grundrechte.

Wenn die Innenminister der Ost-Bundesländer friedliche Versammlungen als „Hass und Hetze“ brandmarken, unternehmen sie den durchsichtigen Versuch, den Meinungskorridor zu einem schmalen Grat des von ihnen Gewünschten zu verengen. Das ist Amtsmissbrauch. Eine lebendige Demokratie zeigt sich vor allem in einer starken und furchtlosen Opposition. Jeder Bürger in unserem Land hat das Recht auf Opposition. Es ist legitim, eine bessere Regierungspolitik auch auf der Straße einzufordern. Wir begrüßen daher ausdrücklich den „heißen Herbst“ und unterstützen alle friedlichen Unmutsbekundungen.

2. Wir protestieren gegen die planmäßige Ersetzung der deutschen Bevölkerung durch Migranten.

Die Bundesregierung forciert seit Jahren die von UN und EU geplante Ersetzungsmigration. Mit weltweit einzigartigen Sozialleistungen hat sie einen Asylansturm ausgelöst, der inzwischen den von 2015 übertrifft. Das Grundgesetz sieht nur ein temporäres Asylrecht für politisch Verfolgte vor. Nachgeordnetes Recht verlangt die Zurückweisung von illegalen Migranten an der Bundesgrenze. Wir bestehen auf Einhaltung geltenden Rechts. Das heißt: Die Bundesregierung muss zusammen mit den Landesregierungen die illegale Einwanderung mit Grenzkontrollen stoppen



DRESDNER PROTESTNOTE DER AFD-FRAKTIONS-VORSITZENDEN OST

und alle Ausreisepflichtigen abschieben. Das Staatsvolk darf nicht ersetzt werden.

3. Wir protestieren gegen die mutwillige Zerstörung der Grundlagen des deutschen Wohlstands.

Deutschland ist auf bezahlbare Energie angewiesen. Als rohstoffarmes Land müssen wir deshalb nicht nur auf Spitzentechnologien setzen, sondern auch gute Wirtschaftsbeziehungen in alle Welt pflegen. Ausgerechnet Russland als rohstoffreichstes Land der Welt isolieren zu wollen, zeugt von Hochmut, der mit einem tiefen Fall enden muss.

Wir fordern daher: Volle Energie zum Wohle Deutschlands! Die Regierung hat die Pflicht, nicht US-amerikanische, sondern deutsche Interessen zu vertreten! Die Anschläge auf Nordstream I und II sind ohne diplomatische und sicherheitspolitische Ängstlichkeit aufzuklären. Die selbstzerstörerische Sanktionspolitik gegen Russland ist sofort zu beenden.

Die Regierung ist dabei, Deutschland in den

Abgrund zu stürzen. Nie war Protest so notwendig wie jetzt. Wir, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen verstehen uns als Teil der bundesweiten Protestbewegung.

Dr. Hans-Christoph Berndt,
Vorsitzender der AfD-Fraktion Brandenburg
Björn Höcke,
Vorsitzender der AfD-Fraktion Thüringen
Oliver Kirchner,
Vorsitzender der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt
Nikolaus Kramer,
Vorsitzender der AfD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Ulrich Siegmund,
Vorsitzender der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt
Jörg Urban,
Vorsitzender der AfD-Fraktion Sachsen

ES IST NICHT EGOISMUS, SONDERN UNSERE PFLICHT, DEM EIGENEN VOLK ZUERST ZU HELFEN

„Ich habe ständig Panik, dass etwas kaputt geht, denn ich habe kein Geld dafür. Obst und Gemüse leiste ich mir kaum noch und trotzdem bleibt am Monatsende nur noch ein bisschen Kleingeld übrig...“ Immer mehr Menschen kennen das. Obwohl Deutschland zu den reichsten Ländern der Welt gehört, ist jeder Sechste von Armut bedroht und immer mehr Menschen können die steigenden Preise für Brot, Milch, Obst und Gemüse im Supermarkt nicht mehr bezahlen. Das bekommen vor allem auch die rund 960 Tafeln in Deutschland zu spüren.

Mit unseren „Herzensangelegenheiten“ versuchen wir jedes Jahr zu Weihnachten und zu Ostern einen kleinen Lichtblick in den Alltag von Menschen zu bringen, denen es finanziell nicht so gut geht. Mit einer kleinen Aufmerksamkeit möchten wir ein wenig Freude, aber auch Wertschätzung verschenken. Und nichts erfüllt uns mehr mit Freude, wie ein dankbares Lächeln dafür.

Unsere Aktion „Herzensangelegenheiten“ finanziert sich ausschließlich aus privaten Spenden und ich möchte mich dafür ganz herzlich bei allen Spendern und bei meinen Helfern für die Unterstützung bei den Vorbereitungen bedanken.

Mario Beger, MdL



Wenn auch Sie unser Projekt mit einer kleinen Spende unterstützen und es damit auch zu Ihrer Herzensangelegenheit machen möchten, Bedürftigen eine Überraschung zu bereiten:

Spendenkonto
AfD Kreisverband Meißen
Ostsächsische Sparkasse
Dresden
IBAN:
DE89 8505 0300 0225 7351 56
BIC: OSDDDE81XXX
Verwendungszweck:
Herzensangelegenheiten WK 38

Name und Adresse für Spendenquittung bitte angeben.

DER MONTAG GEHÖRT DEM PROTEST

Wie in vielen Orten in Deutschland, gehen seit Monaten auch in Großenhain die Menschen wieder jeden Montagabend friedlich auf die Straße. War es am Anfang noch der Protest gegen die Impfpflicht, werden sie immer mehr von wachsenden Existenzängsten angetrieben. Jeden Montag stehen wir mit unserer Mahnwache an der Seite der Spaziergänger und wir sind uns sicher, so wie die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Ampelkoalition wächst, wird der Herbst ein Umdenken einleiten. Die friedlichen Montagsdemonstrationen werden weiter-

wachsen und die Regierung muss, wenn auch zähneknirschend, darauf reagieren. Und die Bürgerproteste auf der Straße wirken eben doch – die allgemeine Impfpflicht ist vom Tisch, die Gasumlage wurde weggefeht, bevor sie umgesetzt werden konnte.

Wir sehen uns am Montag!

Mario Beger, MdL



HANDWERKER UND ABGEORDNETE FORDERN: ECHTE HILFE STATT TROPFEN AUF DEN HEISSEN STEIN!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer,

wir sind sächsische Handwerker und Handwerksmeister, Abgeordnete und selbstverständlich Bürger unseres Landes. Fast täglich erreichen uns Hilferufe von frustrierten Handwerkskollegen und verzweifelten Bürgern. Die explosionsartig gestiegenen Energiekosten und die Unsicherheiten nicht nur bei der Gasversorgung bereiten uns allen massive Sorgen. Sie sind vielfach auch existenzbedrohend oder haben bereits Existenzen zerstört. Unser Land steuert auf eine historische Wirtschaftskrise und Insolvenzelle zu. Zukünftige „Rettungspakete“ oder „Entlastungsprogramme“, welche die Steuerzahler am Ende selbst finanzieren müssen, sind auf Dauer keine Lösung.

Die Regierungsverantwortlichen in Bund und Land haben geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden – und nicht in einer Notsituation „Trostpflaster“ zu verteilen.

Gerade Handwerksunternehmer in kleinen- und mittelständischen Betrieben werden seit Jahren besonders zur Kasse gebeten: Gestiegene Kosten und Abgabenlasten und gestiegener Bürokratieaufwand. Zudem setzt Nachwuchsmangel durch Akademisierungswahn der Handwerksbranche zu. Anders als bei Großkonzernen, kann die Produktion und Arbeit nicht ins Ausland verlagert werden. Dies wollen die meisten Handwerksunternehmer aber auch nicht – aus Verantwortung und Respekt gegenüber den eigenen Mitarbeitern und in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber in den Regionen.

Die besondere Nähe zu Polen und Tschechien belastet dabei zusätzlich, weil Leistungen dort oftmals zu wesentlich günstigeren Preisen angeboten werden können.

Es ist ein Maß erreicht, an dem wir als Handwerker und Unternehmer die Preissteigerungen nicht mehr an unsere Kunden weiterreichen können und wollen. Wir brauchen eine gezielte, verlässliche und dauerhafte Entlastung und das sofort! Dazu ist insbesondere die Umsetzung folgender Forderungen notwendig:

- Reduzierung von Energiepreisunterschieden zum europäischen Ausland durch die temporäre Abschaffung bzw. Reduzierung von Abgaben und Steuern auf Energie (CO₂-Steuer, Stromsteuer, Steuern auf Brenn-, Heiz- & Kraftstoffpreise)
- Weiternutzung sowie Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken und Kohlekraftwerken
- Vorrang der Kohleverstromung vor Gasverstromung

- Beendigung der Russlandsanktionen
- Sofortige Instandsetzung und Inbetriebnahme der Nord-Stream-Gaspipelines
- Erstellung eines belastbaren Energieversorgungskonzeptes für die nächsten Jahre

Wir als Vertreter der sächsischen AfD-Fraktion mit beruflichen handwerklichen Wurzeln stehen, genau wie unsere Partei, Seite an Seite mit unserem Mittelstand und Handwerk - für eine vernünftige Energiepolitik mit Kohlekraft, Kernenergie und Gas. Nur wir haben bereits seit 2014 kontinuierlich vor den unabsehbaren Folgen der Russlandsanktionen und selbstauferlegten Gasrestriktionen gewarnt. Jetzt zeigt sich, wie berechtigt unsere Warnungen waren!

Es ist begrüßenswert, wenn sich nun immer mehr Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft aus der Deckung trauen und mit deutlichen Worten den Ernst der Lage beschreiben. Wir sind dafür noch bis vor wenigen Wochen belächelt und als „Schwarzmalerei“ und „Panikmacher“ – aus den Reihen der Staatsregierung und Regierungskoalition – abgestempelt worden. Unsere entsprechenden Anträge im Sächsischen Landtag wurden – auch von der CDU – mit einer Arroganz abgelehnt, die sich nun rächt.

Die Regierungsparteien müssen sofort umsteuern, um die derzeit ruinöse Entwicklung für uns alle abzuwenden. Der Ministerpräsident muss sich umgehend bei Bundesregierung für die Umsetzung der o.g. Forderungen einsetzen. Andernfalls macht auch er sich schuldig am Niedergang des sächsischen Handwerks.

Carsten Hütter, MdL, Kfz-Mechatroniker-Meister

René Hein, MdL, Kfz-Mechaniker

Mario Beger, MdL, Fliesen-, Platten- und Mosaiklegermeister

Norbert Otto Mayer, MdL, Elektromechaniker

Roberto Kuhnert, MdL, Instandhaltungsmechaniker

Thomas Thumm, MdL, Kfz-Mechaniker

Romy Penz, MdL, Handwerksmeisterin, Restauratorin

Timo Schreyer, MdL, Dachdeckermeister

Jan Zwerg, MdL, Mechaniker

Dietmar Frank Schaufel, MdL, Augenoptiker

Tobias Keller, MdL, Meister für Gas-Wasserinstallation

Ulrich Luppert, MdL, Heizungs- und Rohrleitungsmonteur

IM ZWEIFEL LIEBER VORBEREITET – GEFAHR EINES BLACKOUTS ERNST NEHMEN

Glaubt man den Aussagen der Bundesregierung, so ist das Versorgungsniveau mit Elektrizität in Deutschland unverändert sehr hoch. In den letzten Monaten sind jedoch vermehrt Zweifel an der Richtigkeit dieser Einschätzung aufgekommen. Die jüngeren Entwicklungen geben Anlass zur Sorge vor einer Überlastung der Stromnetze. Ein sogenannter Blackout tritt ein, wenn ein länger andauernder und überregionaler Stromausfall auftritt, welcher sich über mehrere Bundesländer oder Staaten erstreckt. Die sogenannte Energiekrise erhöht dieses Risiko. Eine mögliche Unterversorgung der Netze mit Strom ergibt sich daraus, dass im wahrsten Sinne des Wortes der Wind nicht immer weht und die Sonne nachts nicht scheint. Im Gegensatz zu herkömmlicher Stromerzeugung sind Wind- und Solarkraftwerke also nicht grundlastfähig. Die in diesem Jahr eingetretene Verknappung der Gasversorgung Deutschlands hat die bisherige Sorge vor einer Stromunterversorgung noch verstärkt. Einerseits steht weniger Gas zur Stromerzeugung bereit, andererseits wurden in diesem Jahr zehntausende Heizlüfter als Ersatzheizquelle für deutsche Haushalte angeschafft, deren gleichzeitiger Betrieb die Stromnetze überlasten kann. Daneben sorgt die umjubelte Transformation des Individualverkehrs hin zur Elektromobilität für einen kontinuierlich steigenden Bedarf an Strom. All diese Faktoren erhöhen das Risiko eines Blackouts.

Doch was wären die Folgen eines langanhaltenden und flächendeckenden Stromausfalles? Private Haushalte könnten unverzüglich keine elektrischen Geräte mehr benutzen. Die einzige verbleibende Heizquelle wäre ein Ofen. Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat dieses

Szenario darüber hinaus schon im Jahr 2011 in einem Bericht umfassend skizziert (Bundestags-Drucksache 17/5672). Die prognostizierten Folgen eines derartigen Stromausfalles sind teilweise katastrophal:

Telekommunikations- und Datendienste würden nach wenigen Tagen, teilweise bereits nach wenigen Stunden oder auch sofort ausfallen. Im Straßenverkehr käme es aufgrund ausgefallener Ampeln, Beleuchtung und Verkehrsleitsysteme zu vielen Unfällen mit Verletzten und Todesopfern. Die meisten Tankstellen fielen dauerhaft aus. Der stromversorgte Schienenverkehr käme abrupt zum Stehen. Zehntausende Menschen wären zunächst eingeschlossen. Im Winter drohen panikartige Reaktionen, Erschöpfungssymptome und Unterkühlungen bei tiefen Temperaturen. Bei einem Ausfall von elektrischen Pumpen kann Wasser nicht mehr zur Verteilung bereitgestellt werden. Die Abwasserentsorgung käme auch zum Erliegen. Im Bereich der Landwirtschaft wären die Fütterung und Wasserversorgung von Tieren sowie deren Klimatisierung und die Milchgewinnung erheblich bedroht. Kunden könnten keine Grundlebensmittel mehr einkaufen, weil Lebensmittelmärkte nicht mehr beleuchtet wären und die Registrierkassen, Kühleinheiten, Türen und Sicherheitssysteme ausfielen. Schon nach einer Woche würden ernsthafte Engpässe in der Lebensmittelversorgung auftreten. Die Bargeldausgabe über Geldautomaten würde sofort ausfallen und

über die gesamte Dauer des Stromausfalles nicht wiederhergestellt werden. Die Verteilung von Bargeld durch Banken wäre über einen länger andauernden Stromausfall nicht mehr gewährleistet. Medizinische Versorgungsleistungen stünden vor einer deutlichen Beeinträchtigung, etwa weil energieintensive

Behandlungen von Patienten mit großen Diagnosegeräten (z. B. Kernspintomographen) ausfallen würden. Hinzu kommt, dass laut einer Umfrage unter 288 Klinikeinrichtungen aus dem Oktober 2022 durch das Deutsche Krankenhaus-Institut im Falle eines flächendeckenden Stromausfalles 21% der Krankenhäuser bei einem Stromausfall nur wenige Stunden durchhalten könnten.

Bei 7% der Krankenhäuser müsste die Versorgung ganz eingestellt werden. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass das Risiko eines Blackouts stetig zunimmt. Es ist an jedem Einzelnen von uns, eine private Vorsorge für diesen Fall zu treffen. Stimmen Sie sich für den Fall der Fälle am besten vorsorglich mit Ihrer Familie und ihren Freunden ab und legen Sie feste Treffpunkte fest. Eine gute Übersicht zur Vorbereitung auf einen Blackout samt persönlicher Checkliste und einem Ratgeber für die Notfallvorsorge bietet die Webseite des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe unter: https://www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/warnung-vorsorge_node.html

Steffen Janich, MdB

HOCHACHTUNG FÜR UNSERE FEUERWEHR

Anlässlich der Jahreshauptversammlung der Großenhainer Feuerwehr Anfang September durfte sich auch unsere AfD-Stadtratsfraktion persönlich bei den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Großenhain und den Ortsfeuerwehren für ihren geleisteten Einsatz für unsere Stadt bedanken und unseren höchsten Respekt aussprechen. Egal ob Verkehrsunfall, Haus- oder Waldbrand, wenn sie gerufen werden, sind sie zur Stelle. Nicht zu vergessen ist auch die hervorragende Kinder- und Jugendarbeit, die von den Ortsfeuerwehren geleistet wird.

Für uns alle ist das selbstverständlich, dass im Notfall geholfen wird. Doch unsere Feuerwehren der Stadt Großenhain arbeiten ehrenamtlich. Aus diesem Grund setzt sich die sächsische AfD-Landtagsfraktion seit Jahren für eine Stärkung des Ehrenamts ein. Im Sep-

tember 2020 haben wir im Sächsischen Landtag einen Gesetzentwurf eingebracht, der vorsah, pro Einsatzjahr bei der Feuerwehr oder im Rettungsdienst eine steuerfreie Zusatzrente von 5 Euro pro Monat aus Mitteln des Freistaats zu zahlen. Ein Feuerwehrmann mit beispielsweise 30 Einsatzjahren hätte also ab Vollendung des 60. Lebensjahres eine monatliche Zusatzrente von 150 € erhalten sollen. Doch leider wurde unser Gesetzentwurf im März 2021 durch die Regierungsfractionen abgelehnt.

Nicht nur das - der Freistaat Sachsen freut sich über gestiegene Steuereinnahmen durch die Inflation, gibt dieses Geld mit vollen Händen für den Klima-Fonds und viele neue Stellen in der Kernverwaltung aus, will aber im aktuellen Haushaltsentwurf die Zuweisungen an die Kommunen für Investitionen in den

Brandschutz um 15 Millionen Euro senken. Unsere Feuerwehrleute verdienen nicht nur Lob und Dank, sondern auch unsere volle Unterstützung.

Mario Beger,
AfD-Stadtratsfraktion Großenhain



KUNDGEBUNG IN GROSSENHAIN



Am Reformationstag fand vor dem Montagspaziergang in Großenhain eine Kundgebung statt. Als die Uhr im Rathausturm 18 Uhr schlug, war der Hauptmarkt nur mäßig gefüllt und die Veranstalter kamen ins Grübeln. Fünf Minuten später strömten Menschen aus allen Gassen auf den Markt. Erfreulich, dass Teilnehmer aus dem ganzen Landkreis gesichtet wurden.

Als Redner durften wir aus Sachsen den Bundestagsabgeordneten Steffen Janich und den Landtagsabgeordneten Mario Beger begrüßen, unterstützt von den Brandenburger Landtagsabgeordneten Volker Nothing und Andreas Kalbitz. Durch die Veranstaltung führte der Gröditzter Stadtrat Steffen Reck. Viele Kundgebungsteilnehmer fahren oft ins benachbarte Brandenburg - nach Elsterwerda

oder Ortrand - und waren begeistert, Volker Nothing und Andreas Kalbitz erstmals auch in Großenhain erleben zu können. Über 350 Menschen demonstrierten mit uns für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung und gegen Waffenlieferungen und Kriegsrhetorik. Anschließend ging es zum gemeinsamen Spaziergang.

KREISTAG LEHNT AFD-ANTRAG AUF IMPFSCHÄDEN-BERATUNGSSTELLE AB

Zur Oktober-Sitzung hatte der Kreistag über den AfD-Antrag zu befinden, der die Einrichtung einer Beratungsstelle für die Bürger des Landkreises bei Impffolgeschäden und Impfnebenwirkungen forderte. Eine breite Mehrheit des Kreistages lehnte diesen Antrag ab, es gab neben den Stimmen der AfD-Fraktion jedoch auch weitere Kreisträte, die dem Antrag zustimmten, u.a. drei Mitglieder der CDU-Fraktion.

Mit unserem Antrag wollten wir ein Beratungsangebot für Bürger schaffen, die unter Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden leiden. Insbesondere nach den Corona-Impfungen in den letzten Jahren klagten überdurchschnittlich viele Geimpfte hierüber. Es ist schade, dass viele Kreisträte den Antrag in Gänze ablehnten, merkte man doch während der Antragsberatung, dass dieses Thema viele Menschen und auch viele Verantwortungsträger im Kreistag und der Verwaltung bewegt. Sicherlich spielte auch die Stellungnahme der Landkreisverwaltung dabei eine Rolle, die darauf verwies, dass der



Landkreis hierfür nicht zuständig sei, sondern es bereits derartige Angebote anderer Stellen, u.a. über die Hausärzte, gebe. Selbst wenn eine solche Stelle, wie von uns gefordert, nicht in die Kernkompetenz des Landkreises fällt, wäre

es aus unserer Sicht geboten gewesen, ein zentrales Angebot zu schaffen, das dann auch öffentlich entsprechend beworben wird. Wie unser Redner in der Debatte, der ehemalige Bundestagsabgeordnete Detlev Spangenberg, bereits erwähnte, wäre eine solche Stelle vermutlich weitaus sinnvoller als Gleichstellungs- oder Ausländerbeauftragte, die ihren Platz in der Verwaltung gefunden haben. Dass die AfD-Fraktion mit ihrem Anliegen einen Nerv getroffen hat, zeigte sich auch an den Zustimmung zu unserem Antrag aus den Reihen anderer Fraktionen. Die übrigen Kreisträte, unter ihnen auch zahlreiche Bürgermeister, die bei diesem Thema sichtlich mit sich gerungen haben, aber letztlich mit ‚Nein‘ votierten, wären lieber ihrem

Gewissen gefolgt, als sich hinter bürokratischen Debatten über Zuständigkeiten zu verstecken. Dies wäre insbesondere geboten gewesen, da selbst die Verwaltung trotz Ablehnungsempfehlung sogar einem Punkt unseres Antrages zustimmen konnte.

Zu Beginn der Sitzung ließ einmal mehr die Fraktion Grüne/SPD ihre Maske fallen. Sozialdemokrat Thomas Gey forderte die Absetzung unseres Antrages von der Tagesordnung, weil eine auf Ablehnung abzielende Stellungnahme der Verwaltung vorlag. Damit wollte er de facto das Antragsrecht der Kreistagsfraktionen per se beschneiden. Ich habe hierauf bereits in der Sitzung entgegnet, dass ich diesen

Vorgang für ungeheuerlich halte und hierdurch Zweifel am Demokratieverständnis der grün-roten Kreistagsfraktion aufkommen. Ich hätte allerdings lügen müssen, wenn ich gesagt hätte, dass mich dies verwundert. Konsequenterweise fanden sich in den übrigen Fraktionen kaum Stimmen für eine Absetzung des Antrages von der Tagesordnung.

Julien Wiesemann,

Vorsitzender der AfD-Kreistagsfraktion

DIE CDU IN SACHSEN: REGIERUNGSPARTEI SPIELT OPPOSITION

Nicht nur im Bund, wo der Umfaller Friedrich Merz eine Koalition mit den Grünen fest im Blick hat, sondern auch in Sachsen erweist sich die CDU mehr und mehr als schizophrene Partei. So knirscht es in der CDU-geführten sächsischen Staatsregierung gewaltig. Die CDU kritisiert öffentlich ihren grünen, ökostalinistischen Bündnispartner und die CDU-Landtagsfraktion spielt als Regierungsfraktion lautstark Opposition gegen den grünen Umwelt- und Energieminister Günther.

Das Kartenhaus der grünen Ideologen bricht gerade zusammen. „Superstar“ Habeck ist entzaubert. Es ist offenkundig, dass eine Industrialisation allein mit Energie aus Wind und Sonne nicht am Laufen gehalten werden kann.

Da es in Sachsen ohnehin keine Mehrheit für grüne Politik gibt, will sich Ministerpräsident Kretschmer bei der mehrheitlich bürgerlichen

Wählerschaft anbieten. Er schiebt den Grünen den schwarzen Peter zu. Dabei waren es er und seine CDU, welche 2019 die Grünen freiwillig, ohne Not und gegen den Willen in die Regierung geholt und sich deren Programm unterworfen haben.

Warum wirft Kretschmer die von seiner Partei nun so stark angegriffenen Grünen nicht aus der Regierung? Der jahrelange Befürworter der „Energiewende“ Kretschmer erklärte diese unlängst für gescheitert und „outet“ sich plötzlich als Befürworter der Kernkraft. Dennoch sollen der Ausbau der wetterabhängigen Wind- und Solarstromerzeugung in Sachsen forciert, Windräder nun auch im Wald gebaut werden.

Wie passt das zusammen? Kretschmer kann sich bei seinem scheinheiligen „Wendemanöver“ auf die Hauptstrommedien verlassen. Diese verschweigen sowohl, die Urheber-schaft AfD bei der Pro-Kernkraft-Politik als

auch die konsequente Ablehnung aller energiepolitischen Initiativen der AfD durch die CDU.

Liebe Leser, die CDU trägt die Verantwortung für die Energie-Krise und den daraus resultierenden wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands. Deutschland hatte 16 Jahre eine grüne Bundeskanzlerin mit CDU-Parteibuch, der auch Michael Kretschmer bedingungslos folgte. Ein ernsthafter Richtungswechsel ist bei der CDU nicht erkennbar. Lassen Sie sich also von Kretschmers Ablenkungsmanövern nicht täuschen: sie haben lediglich den Machterhalt, also die Sicherung von Posten und Pöstchen für die CDU, im Sinn.

Es ist höchste Zeit für den Wechsel. Nur mit der AfD als stärkste Kraft wird wieder Politik zum Wohle unseres Landes möglich sein.

Wie sagte Uwe Steimle einmal „Der Sachse ist nicht nachtragend – aber er vergisst nichts.“ Möge die nächste Landtagswahl ihm Recht geben.

Jörg Urban,

AfD-Landesvorsitzender Sachsen



Impressum:

Herausgeber:

Mario Beger, MdL
Dresdner Str. 7
01558 Großenhain

Telefon: 03522-5596 187
E-Mail: blauewahlkreispost@gmail.com
V.i.S.d.P.: Mario Beger, MdL

Druck: Druckhaus Scholz GmbH

Auflagenhöhe: 25.000 Stück

Ausgabe: Nr.4 / Dezember 2022

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers.

Mario Beger, MdL

Web: www.mario-beger.de

Facebook: www.facebook.com/MarioBegerAfD

Telegram: t.me/mariobeger

